

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Holmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15

Inhalt

Einen Beleg für die Mehrheitsfähigkeit der Sozialdemokraten im Bund sieht Willi Piecyk im niedersächsischen Wahlergebnis.

Seite 1

Vor Populismus in der Frage der Verkehrsverlagerung auf die Schiene warnt Klaus Dauterhäuser MdB.

Seite 2

Als nachteilig für den Wirtschaftsstandort Deutschland kritisiert Prof. Dr. Uwe Jens MdB die Geböhrenenerhöhung für Patentanmeldungen.

Seite 2

Andauerndes Abkassieren wirt Ingrid Mathäus-Maier MdB der Bundesregierung wegen deren Absicht vor, die Mineralölsteuer zu erhöhen.

Seite 3

Einen zynischen Umgang mit bedrohten Frauen sieht Dr. Edith Niehule MdB bei Bundesinnenminister Kanthier.

Seite 4

Die Sozialdemokraten trauern um Karl-Wilhelm Berkhan - Ein Nachruf von Walter Kolbow MdB.

Seite 4

49. Jahrgang / 50

14. März 1994

Ein Beleg für die Mehrheitsfähigkeit

Das niedersächsische Wahlergebnis gibt den Sozialdemokraten bundesweit Rückenwind

Von Willi Piecyk

Vorsitzender des SPD-Landesverbandes Schleswig-Holstein

Gerhard Schröder und die SPD Niedersachsen haben einen schönen Wahlsieg erkämpft. Das Ergebnis belegt, daß es von den Wählerinnen und Wählern honoriert wird, wenn sich eine Regierung um die wirklichen Sorgen der Menschen kümmert. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze und die Sicherung der vorhandenen ist in der SPD in besten Händen. Die wirtschaftliche Kompetenz der SPD auf Bundes- und Landesebene ist von den Wählerinnen und Wählern honoriert worden.

Dieses Ergebnis ist ein Beleg für die Mehrheitsfähigkeit der SPD. Das Stimmenergebnis ist eine erste Säule für den Sieg bei den Bundestagswahlen im Herbst. Und es gibt uns Rückenwind für die Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein am nächsten Sonntag, bei denen wir gute Chancen haben, erneut stärkste kommunalpolitische Kraft zu werden.

Wenn die Anzeichen nicht täuschen, dann weist das Ergebnis von Niedersachsen auch darauf hin, daß die Zersplitterung des Parteienspektrums durch das schlechte Abschneiden der Stättparteien und der Rechtsextremen gestoppt ist.

Der Wahlsieg in Niedersachsen ist der erste Baustein für den Sieg am 16. Oktober 1994 bei der Bundestagswahl. Wir haben es jetzt selbst in der Hand, ob wir diese Wahl gewinnen. Die Voraussetzungen stimmen.

(14. März 1994/rs/fr)

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Kreislauf-Übergang
mit 100% Recycling-Papier



Populismus löst verkehrspolitische Probleme nicht

Die Verkehrsverlagerung auf die Schiene ist nur mit einem Gesamtkonzept realisierbar

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Die Entscheidung der Schweizer Bevölkerung, den Gütertransitverkehr innerhalb von zehn Jahren zwangsweise auf die Bahn zu verlagern, hat zu Recht auch in Deutschland die Diskussion um den wachsenden Straßengüterverkehr und die Rolle der Bahn in der Zukunft neu belebt. Diese wichtige Diskussion darf jedoch nicht zu unseriösem Populismus nach Art des sächsischen CDU-Wirtschaftsministers Schommer mißbraucht werden.

Für die vollumfänglich angekündigte Zwangsverlagerung von Gütertransporten auf die Schiene gibt es keinerlei Rechtsgrundlage. Sie paßt auch nicht in eine marktwirtschaftlich strukturierte Gesellschaft, ebensowenig wie zu einer zur Aktiengesellschaft umgestalteten Bahn. Die Bahnreform, die die Organisationsstruktur der Bahn der ihrer Wettbewerber angleicht, ist nicht deshalb einvernehmlich von allen Parteien gestützt worden, um dann doch dirigistisch Transporte von Staats wegen auf die Verkehrsträger zu verteilen.

Um das angestrebte Ziel der Verkehrsverlagerung auf die Schiene zu erreichen, muß die Politik schon etwas mehr Gehirnschmalz investieren als Herr Schommer. Nötig ist ein integriertes Gesamtverkehrskonzept, das die Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Verkehrsträgern durch konsequente Anwendung marktwirtschaftlicher Prinzipien Abbau und Fehlsteuerungen der Investitionspolitik korrigiert. Faire Kostenanlastung nach dem Verursacherprinzip für alle Verkehrsträger und forcierter Infrastrukturausbau der Bahn - das sind die Instrumente, die letztlich der Bahn eine echte Chance am Verkehrsmarkt eröffnen und attraktive Verlagerungsangebote erst ermöglichen. Freilich ist dies schwerer umzusetzen, als sich mit vordergründigen Parolen aus der Affäre zu ziehen. Verkehrspolitik ist eine Langfristveranstaltung, die Konsequenz und einen langen Atem verlangt. Für Populismus a la Schommer ist dort kein Platz!

(-/14. März 1994/rs/fr)

Rexrodt liegt daneben

**Die Gebührenerhöhung für Patentanmeldungen schadet dem Wirtschaftsstandort
Deutschland**

Von Prof. Dr. Uwe Jens MdB

Wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Bundeswirtschaftsminister Rexrodt hat gegenüber dem Präsidenten des Deutschen Patentamtes Erich Häusser die beabsichtigte Gebührenerhöhung für Patentanmeldungen gerechtfertigt. Wirtschaftsminister Rexrodt liegt mal wieder exakt daneben. Da wird immer noch lautstark über den Standort Deutschland nachgedacht und dann soll noch in dieser Legislaturperiode eine Erhöhung der Patentgebühren um 20 Prozent durchgepeitscht werden.

Die Abschaffung der Steuervergünstigungen für Erfinder 1999 war bereits ein eklatanter Fehler dieser Bundesregierung. Eine kräftige Heraufsetzung der Patentanmeldegebühren wäre ein weiterer Schritt in die falsche Richtung, die Kritik von Prof. Erich Häusser ist mehr als berechtigt, die sture Verteidigung dieser Fehlentscheidung durch Rexrodt beweist Schwäche, Inkompetenz und ideologische Verklammerung.

Die deutschen Patentgebühren belaufen sich auf durchschnittlich 22.375 DM bei einer Schutzzeit von 20 Jahren und in den USA auf 5.000 Dollar bei 17 Jahren Schutzzeit und sind damit bei uns besonders hoch. Während in Deutschland bei Patentanmeldungen Stagnation

neue Weichenstellung. Erfindertum und Patentanmeldungen insbesondere von Einzelnen und kleinen mit mittleren Unternehmen sind stärker als bisher zu fördern. Die Beweise werden immer mehr: das eigentliche Hindernis für eine bessere Entwicklung des "Standort Deutschland" ist Bundeswirtschaftsminister Rexrodt persönlich.

(-/14. März 1994/rs/fr)

Abkassieren ohne Ende

Die Bundesregierung hat die Mineralölsteuer-Erhöhung bereits eingeplant

Von Ingrid Matthäus-Maier MdB

Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion

Bisher hat Bundesfinanzminister Waigel immer steif und fest behauptet: "Es gibt keine zusätzlichen höheren Steuern oder Abgaben." (So zum Beispiel "Welt am Sonntag" vom 26. Dezember 1993) Er hätte es besser wissen müssen. Denn die Bundesregierung hat in ihrem Finanzplan bis 1997 "Einnahmeverbesserungen im Verkehrsbereich" ab 1996 bereits fest eingeplant (Bundestagsdrucksache 12/55901, Seite 21).

Auf meine Anfrage mußte der Bundesfinanzminister jetzt zugeben, daß es sich dabei um ein Steuererhöhungsvolumen von acht Milliarden DM jährlich handelt. Das ist etwa der gleiche Betrag den die Mineralölsteuererhöhung zum 1. Januar 1994 um 16 Pfennig je Liter Benzin jährlich erbringt. Die Bundesregierung weigert sich zwar vorerst ihre schönfärberisch sogenannten "Einnahmeverbesserungen im Verkehrsbereich" zu konkretisieren. Das ist aber nur der mangelnde Mut, den Bürgern die Wahrheit zu sagen. Denn jeder Kundige weiß, daß im Klartext die erneute Anhebung der Mineralölsteuer auf Benzin um 16 Pfennig bedeutet - es sei denn, die Bundesregierung führt doch noch die von ihr schon einmal gewollte Autobahn-Vignette für Pkw in Höhe von 300 bis 400 DM jährlich pro Pkw ein.

Zu dieser Steuererhöhung für Autofahrer kommt außerdem noch der Beschluß der Bundesregierung, für neue Straßenbauprojekte Mautgebühren zu erheben. Wie die Bundesregierung sich auch windet, sie bestätigt erneut: Ihre Finanzpolitik ist ein Abkassieren ohne Ende.

(-/14. März 1994/rs/fr)

Zynischer Umgang mit bedrohten Frauen

Innenminister Kanther weigert sich, Ausländerinnen zu schützen

Von Dr. Edith Niehuis MdB

Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Frauen und Jugend

Bundesinnenminister Kanther weigert sich, ausländische Ehefrauen in Deutschland besser vor Gewalt zu schützen. Mißhandelte ausländische Ehefrauen sollen nach Paragraph 19 Ausländergesetz auch weiterhin mindestens drei Jahre bei einem gewalttätigen Ehemann ausharren müssen, wenn sie nicht ihre Abschiebung riskieren wollen. Erst nach dieser Frist ist ihnen derzeit im Härtefall möglich, ein eigenständiges Aufenthaltsrecht zu erhalten.

Der Innenminister Kanther handelt wider besseres Wissen. Denn immer wieder haben viele Expertinnen darauf hingewiesen, daß die Ausbeutung von Frauen (vor allem durch Frauenhandel) und die Gewalt gegen sie durch unsere Gesetze begünstigt werden, die diese Frauen der Abhängigkeit und Erpressung ausliefern. Auch die Sachverständigen in der Anhörung des Bundestagsausschusses für Frauen und Jugend am 1. Dezember 1993 haben eine Änderung des Paragraphen 19 Ausländergesetz gefordert. Dennoch sperrt sich Minister Kanther selbst gegen eine Aufhebung der Frist für die Härtefallregelung.

Es ist bekannt, daß viele deutsche Ehemänner ihre durch Heiratsvermittlung nach Deutschland gebrachten Frauen mit Hinweis auf diesen Paragraphen demütigen und zum Ertragen von Mißhandlungen zwingen. Es ist bekannt, daß viele ausländische Frauen, die aus der Ehe mit einem mißhandelnden Ehemann flüchten, nach der Abschiebung in ihren Heimatländern mit dem Tod bedroht werden. Es ist bekannt, daß ausländische Ehefrauen bereits durch ihre Flucht in ein Frauenhaus in die Gefahr geraten, abgeschoben zu werden. Nach Meinung von Kanther soll dies auch so bleiben. Seine Begründung, eine Prüfung von Härtefällen überforderte Behörden, ist zynisch und skandalös.

Diese Auffassung ist ein Schlag ins Gesicht aller Frauen, die sich gegen Gewalt in unserer Gesellschaft wehren. Was nutzen da Kampagnen wie die des Bundesministeriums für Frauen und Jugend gegen Gewalt gegen Frauen, wenn die notwendigen rechtlichen Grundlagen für den Schutz von Frauen nicht geschaffen werden?

(-/14. März 1994/rs/fr)

In allen seinen Ämtern Maßstäbe gesetzt
Die Sozialdemokraten trauern um Karl-Wilhelm Berkhan

Von Walter Kolbow MdB
Verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Mit Karl-Wilhelm Berkhan verliert die Bundeswehr einen engagierten Fürsprecher, der ihr in seinen vielfältigen Ämtern immer in kritischer Solidarität verbunden war. Als Abgeordneter, Mitglied und Stellvertretender Vorsitzender des Verteidigungsausschusses, als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung und schließlich Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages war "Willi" vor allem Anwalt der Soldaten. Ihnen und ihren Familien gehörte sein unermüdliches Engagement, ohne die operativen Notwendigkeiten der Streitkräfte aus dem Auge zu verlieren. Nach seinem Selbstverständnis mußte aber der Mensch im Vordergrund aller Bemühungen stehen. Dadurch hat er die gesellschaftliche Normalität in der Bundeswehr und deren Ansehen wesentlich gefördert. Weil sein Ziel der "eigenverantwortliche Soldat" war, lag ihm der Erfolg der Inneren Führung sehr am Herzen. Folgerichtig hat er in seiner Zeit als Wehrbeauftragter die Stärkung der Befugnisse dieser Kontrollinstanz richtungweisend beeinflusst.

In allen Ämtern, die Karl-Wilhelm Berkhan innehatte, setzte er Maßstäbe. Seine Sachkompetenz, Geradlinigkeit und aus dem Herzen kommende Menschlichkeit verbanden sich zu einer natürlichen Autorität und gewinnenden Persönlichkeit. bis zu seinem Tode war er den "Verteidigern" der SPD-Bundestagsfraktion Vorbild und guter Ratgeber.

Wir trauern um unseren Freund Karl-Wilhelm Berkhan.

(-/14. März 1994/rs/fr)
